

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

- a) zu der Unterrichtung durch die Deutsche Welle
– Drucksachen 19/372, 19/491 Nr. 1.16, 19/2698, 19/2768 Nr. 1.5 –**

Entwurf der Aufgabenplanung 2018 bis 2021

- b) zu der Unterrichtung durch die Deutsche Welle
– Drucksachen 19/373, 19/491 Nr. 1.17 –**

Evaluationsbericht 2017

A. Problem

Zu Buchstabe a

Das Deutsche-Welle-Gesetz verpflichtet die Deutsche Welle, dem Deutschen Bundestag ihre Aufgabenplanung vorzulegen. Im Entwurf der Aufgabenplanung 2018 bis 2021 definiert der deutsche Auslandssender für die kommenden Jahre drei übergreifende Ziele. Demnach will die Deutsche Welle weltweit Meinungsfreiheit und Demokratie stärken, die Wirkung und Relevanz ihrer Angebote steigern und ihre Reichweite auf 210 Millionen wöchentliche Nutzerkontakte ausdehnen. Um die selbstgesteckten Ziele zu erreichen, will die Deutsche Welle ihre journalistischen Angebote verstärkt fokussieren und ihr Haus zu einem digitalen Medienunternehmen umbauen. Außerdem will sie die Vermittlung von Medienkompetenz stärken. In der Aufgabenplanung verweist die Deutsche Welle darauf, dass sie sich weiterhin vorwiegend an Entscheiderinnen und Entscheider sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der politischen Meinungsbildung wendet. Sie will ihre Angebote verstärkt regionalisieren, um damit eine höhere Nutzerorientierung zu erreichen und sich im Wettbewerb zu profilieren. Im weltweiten Einsatz für den freien Zugang zu Informationen, für Meinungsfreiheit und Demokratie setzt die Deutsche Welle nicht zuletzt auf die DW Akademie, für die sie eine institutionelle Grundförderung anstrebt.

Zu Buchstabe b

Das Deutsche-Welle-Gesetz schreibt vor, dass die Deutsche Welle ihre Angebote fortlaufend evaluiert. Der Evaluationsbericht 2017 bewertet die multimedialen journalistischen Angebote, die die Deutschen Welle in 30 Sprachen verbreitet. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Deutsche Welle ihre Nutzerkontakte im Berichtszeitraum auf 157 Millionen wöchentlich steigern konnte. Ihre Glaubwürdigkeit habe sie weiter ausbauen können. 96 Prozent der Befragten hielten die DW-Informationen für vertrauenswürdig. Gelobt werde vor allem die Sachlichkeit der Berichterstattung. Das englischsprachige Angebot der Deutschen Welle sei weiter in den Vordergrund gerückt und habe dabei geholfen, ein weltweit größeres Publikum anzusprechen. Dabei erreiche die Deutsche Welle ihre Erfolge unter schwierigen Bedingungen, operiere sie im internationalen Vergleich doch mit einer geringen Finanzausstattung.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme einer Entschließung, in der der Deutsche Bundestag das Profil der Deutschen Welle anerkennt, die gesetzten Schwerpunkte begrüßt und seine Unterstützung für die im Entwurf der Arbeitsplanung dokumentierte Strategie zusagt. Die vorgelegte Aufgabenplanung wird insgesamt positiv bewertet, die verfolgten Ziele werden insgesamt zustimmend gewürdigt. Diese Zustimmung wird mit der Zusage verbunden, die finanzielle Ausstattung der Deutschen Welle als Stimme Deutschlands in der Welt aufzustocken. Verwiesen wird dabei insbesondere auf den Eckwertebeschluss zum Haushalt 2019, der eine Gesamtförderung aus dem Budget der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien von 350 Millionen Euro aufweise, die durch Projektmittel noch ergänzt würden.

Entsprechend wird die Bundesregierung aufgefordert, das Budget der Deutschen Welle anzuheben und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Deutsche Welle in eine crossmediale Medienanstalt umgebaut werden kann. Darüber hinaus soll die Bundesregierung sich für die Sicherheit der im Ausland eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Welle engagieren und sich dafür einsetzen, dass die Vereinten Nationen das Amt eines Sonderbeauftragten zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten schaffen.

Kenntnisnahme und Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Kenntnisnahme.

C. Alternativen

Kenntnisnahme und Annahme einer Entschließung der Fraktion der FDP oder der Fraktion DIE LINKE.

D. Kosten

Betrieb und Investitionen der Deutschen Welle werden über einen jährlichen Zuschuss aus dem Budget der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien finanziert. Hinzu treten Projektmittel aus den Haushalten diverser Ressorts. Für die Aufgabenplanung sind gemäß Deutsche-Welle-Gesetz die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung und die Entscheidungen des Haushaltsgebers maßgeblich.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksachen 19/372, 19/491 Nr. 1.16, 19/2698, 19/2768 Nr. 1.5 die folgende EntschlieÙung anzunehmen:

„I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auslandsrundfunk und internationale Kommunikation sind in der heutigen Zeit, die von internationalen Krisen und Konflikten geprägt ist, wichtiger denn je. Weltweit sind zunehmend Einschränkungen der Informations-, Presse- und Meinungsfreiheit zu beobachten, mittlerweile auch in Demokratien der westlichen Welt.

In Deutschland ist der Zugang zu freien Informationen selbstverständlich und über Artikel 5 des Grundgesetzes geschützt. Gleichwohl muss die Pressefreiheit auch in unserem Land immer wieder verteidigt werden, z. B. sind Einschüchterungsversuche gegenüber Medienberichterstatern von wem auch immer nicht hinnehmbar. Laut der Rangliste der Pressefreiheit der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ 2017 befindet sich Deutschland auf einem der vordersten Plätze und rückt weiter nach vorne.

Hingegen werden in vielen undemokratischen Staaten die Medien von oben gelenkt. Es gibt subtile, aber folgenschwere Zensurmaßnahmen. Staatliche Medien werden für Regierungspropaganda missbraucht, unabhängige Medien personell und finanziell ausgetrocknet. In grundsätzlich demokratisch verfassten Staaten Europas wie in Polen, Ungarn, Bulgarien oder in der Türkei wächst der politische und wirtschaftliche Druck auf unabhängige Medienangebote und Pressefreiheit scheint stark an Wert zu verlieren. Wie die Jahresbilanzen der Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ zeigen, ist die Arbeit von Medienberichterstatern in vielen Ländern insgesamt gefährlicher geworden.

Diese Entwicklung markiert auch einen Kulturbruch: Angriffe auf die Pressefreiheit sind ein untrügliches Barometer für die grobe Missachtung von Menschenrechten insgesamt. Nur noch 13 Prozent der Weltbevölkerung haben laut dem aktuellen Pressefreiheitsbericht der amerikanischen Nichtregierungsorganisation „Freedom House“ Zugang zu freien Medien. Zu beklagen sind zunehmende Verfolgungen, Inhaftierungen und Tötungen von Journalistinnen und Journalisten. Daher hat sich der Deutsche Bundestag im Juni 2017 für die Schaffung des Amtes eines UN-Sonderbeauftragten zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten ausgesprochen (Drucksache 18/12781).

Meinungsfreiheit lebt von der Pressefreiheit. Demokratie braucht eine informierte und vielfältige Öffentlichkeit. Presse- und Medienfreiheit, Medienvielfalt und -qualität sind für den Deutschen Bundestag grundlegende Werte, die insbesondere im digitalen Zeitalter entschieden verteidigt werden müssen. Die Beschränkung medialer Vielfalt und der Versuch staatlicher Medienbeeinflussung im Inneren treffen in vielen Ländern zusammen mit deren verstärkten Anstrengungen, globale Kommunikation über eigene Sender zu beeinflussen.

Ob Autokratien wie China, Russland und Iran oder klassische Demokratien wie Großbritannien: Vielerorts werden die Investitionen in den Auslandsrundfunk verstärkt. Die Deutsche Welle beobachtet in ihrem Evaluationsbericht 2017 eine steigende Konkurrenz um die Deutungshoheit in der interna-

tionalen Kommunikation: Es „erkennen weltweit mehr Regierungen die Bedeutung der außenpolitischen medialen Kommunikation (...), um ihre geopolitische Agenda auch medial zu unterstützen“ (Drucksache 19/373, S. v.).

Bedingt durch die Digitalisierung und das Internet steht internationalen Sendern eine Vielzahl an Ausspiel- und Übertragungswegen, Plattformen und sozialen Medien für ihre Programme zur Verfügung. Über das World Wide Web sind nahezu alle Inhalte überall auf der Welt verfügbar, mit Ausnahme derjenigen Staaten, die Blockademaßnahmen gegen politisch unerwünschte Angebote einsetzen. Die Digitalisierung verändert das Mediengeschäft und den Zugang zu Medien rasant und fundamental. Der deutsche Auslandsrundfunk konkurriert somit mit einer großen Zahl an Wettbewerbern (mehr als 40 globale TV-Sender senden heute in englischer Sprache), während es noch 1992 weltweit lediglich drei Auslandssender mit einem englischsprachigen TV-Programm gab.

Die Deutsche Welle ist eine journalistisch unabhängige Institution, die mit ihren Angeboten die traditionellen Auslandsbeziehungen Deutschlands ergänzt. Die Deutsche Welle ist die Stimme Deutschlands in der Welt. Sie steht für den Dialog der Kulturen und setzt sich für Völkerverständigung und Toleranz ein. Ebenso steht sie für das Grundrecht auf Information. Von einem Zugang zu freien Informationen sind viele Menschen weltweit weit entfernt. Die Deutsche Welle schließt zu einem bedeutenden Teil diese Lücke. „Sie tritt in Dialog mit Zielgruppen, die beispielsweise von Botschaften und Konsulaten, Auslandshandelskammern, Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik nicht unbedingt regelmäßig erreicht werden können“ (Drucksache 19/372, S. 4.). Die Deutsche Welle sendet Fakten statt Fake News, unabhängig, wertgebunden und innovativ.

Der Deutsche Bundestag heißt dieses Profil gut und unterstützt den Sender in seiner insbesondere im Zeitraum der letzten Aufgabenplanung (2014-2017) gewählten Umsetzungsstrategie ausdrücklich. Der Evaluationsbericht 2017 demonstriert eindrucksvoll, dass sich die Deutsche Welle auf einem sehr guten Kurs befindet.

- Die Zahl der wöchentlichen Nutzer weltweit stieg seit 2014 von 101 auf 157 Millionen.
- 96 Prozent der für den Evaluationsbericht befragten Nutzer halten die DW-Angebote für glaubwürdig. In Zeiten von Fake News und gezielter Desinformation von Bürgerinnen und Bürgern schwindet das Vertrauen in den Wahrheitsgehalt der journalistisch-redaktionellen Medien. Daher ist dies ein herausragender Indikator für die Akzeptanz der medialen Stimme Deutschlands in der Welt.
- Die Nutzer erkennen in den Inhalten deutsche und europäische Sichtweisen sowie die Werte einer freiheitlich und rechtsstaatlich verfassten Demokratie. Sie nehmen die Deutsche Welle überdies als bedeutendste Quelle für Informationen über Deutschland im Ausland wahr.
- Mit 27 ihrer 30 Sprachangebote erzielt die Deutsche Welle mindestens die drittgrößte Reichweite unter den Auslandssendern. Neben dieser sprachlichen Vielfalt ist und bleibt es die Aufgabe der Deutschen Welle, die deutsche Sprache weltweit zu vermitteln (Drucksache 19/373, S. v-vii; Drucksache 19/372, S. 2 f.).

Diese eindrucksvolle Erfolgsgeschichte, die gestiegenen Nutzerzahlen ebenso wie die hohen Glaubwürdigkeitswerte, sind das Verdienst – neben der Intendanz – der rund 3.000 engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

der Deutschen Welle aus mehr als 60 Nationen. Diese stehen für multinationale Sichtweisen sowie landesspezifische Kenntnisse und Fähigkeiten der Zielgruppenansprache. Der Deutsche Bundestag dankt ihnen ausdrücklich für ihren Einsatz und ihre Arbeit.

Dem Entwurf der Aufgabenplanung 2018 bis 2021 stimmt der Deutsche Bundestag in Kenntnis auch der zustimmenden Stellungnahme der Bundesregierung (Drucksache 19/2698) insgesamt zu. Er hält es für richtig, dass sich die Deutsche Welle als übergreifende Ziele die weltweite Stärkung von Meinungsfreiheit und Demokratie, die weitere Steigerung der Wirkung und Relevanz ihrer Angebote und eine Reichweitensteigerung von 157 Millionen auf 210 Millionen wöchentliche Nutzerkontakte vorgenommen hat (Drucksache 19/372, S. 6). Er erkennt im Vergleich zu der vorherigen Aufgabenplanung Kontinuität in wichtigen Leitlinien: in der Wahl der Zielgruppen, einer verstärkten Regionalisierung der Angebote, der fortgesetzten Kooperation mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und einer weiteren Steigerung der digitalen Transformation.

Insoweit wird hier auf die Stellungnahme des Deutschen Bundestages zur Fortschreibung der Aufgabenplanung für das Jahr 2017 verwiesen (Drucksache 18/12514); die vorliegende Stellungnahme konzentriert sich auf neuere Veränderungen.

Im Entwurf der Aufgabenplanung nennt die DW eine Reihe von zusätzlichen Programm- und Sprachenangeboten, die bei entsprechendem Mittelaufwuchs möglich wären. Als prioritäre Regionen bezeichnet sie

- die Arabische Welt,
- Iran, Afghanistan, Pakistan,
- Russland und Osteuropa (Polen, Baltische Länder),
- Subsahara-Afrika,
- Türkei.

Danach listet sie mehrere „Prio 2-Regionen“ auf und unterbreitet Vorschläge für neue Sprachangebote (Drucksache 19/372, S. 44-48).

Der Deutsche Bundestag ist davon überzeugt, dass alle vorgeschlagenen zusätzlichen Programme und Angebote wünschenswert und plausibel sind. Allerdings schließt er sich der Position der Bundesregierung an, dass die Deutsche Welle nicht in allen Regionen, Sprachen und Zielgruppen gleichermaßen präsent sein könne. Eine stärkere Priorisierung ist daher notwendig (Stellungnahme der Bundesregierung zur Aufgabenplanung, S. 3). Aus Sicht des Bundestages sind folgende Schwerpunkte außerhalb Deutschlands zu setzen:

– Türkischsprachiger Fernsehkanal (DW Turk)

Der Deutsche Bundestag würdigt die bereits aufgenommenen Gespräche der Deutschen Welle mit anderen westlichen Informationsanbietern, um einen gemeinsamen türkischsprachigen TV-Sender zu schaffen. Dafür stünde das Programmvermögen der vier führenden westlichen Informationsanbieter zur Verfügung, das ins Türkische übersetzt werden soll. Zudem sind gemeinsame Korrespondenten, gemeinschaftliche Investigativrecherchen sowie koproduzierte Programminhalte angedacht. Ein türkischsprachiges TV-Programm wäre ein starkes politisches Signal; aufgrund seiner außenpolitischen Dimension sollte das weitere Vorgehen unter Wahrung der Staatsferne des Senders mit der Bundesregierung abgestimmt werden.

– Russland und Osteuropa (Polen, Baltische Länder)

Der Deutsche Bundestag möchte die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland fortsetzen und ausbauen und dafür die Möglichkeiten für Begegnungen zwischen den Menschen erleichtern. Eine engere Zusammenarbeit mit der EU, die die Breite der Beziehungen umfassen soll, liegt auch im russischen Interesse – auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit und der verlässlichen Zusicherung der Wahrung der territorialen Integrität souveräner Staaten. Für das Verfolgen dieser Ziele ist die Deutsche Welle ein wichtiges Instrument, indem sie unser demokratisches Wertefundament vermittelt und der Desinformation der Bevölkerung entgegenwirkt.

– Arabische Welt

Der Deutsche Bundestag strebt an, die Unterstützung für strategisch wichtige Staaten wie Libanon, Jordanien, Marokko, Algerien und Tunesien sowie Ägypten auszubauen, um sie zu stabilisieren und zugleich einen weiteren Ordnungszersfall in der Region zu vermeiden. Ziel dieser Anstrengungen ist es, die wirtschaftlichen Aussichten der Länder und die Perspektiven der Menschen, vor allem der äußerst jungen Bevölkerungen, in diesen Ländern auch hinsichtlich Bildung und Beschäftigung zu verbessern.

Hierzu kann die Deutsche Welle durch unabhängige Berichterstattung wichtige Beiträge leisten und über politische Zusammenhänge aufklären, nicht zuletzt, da sie in den vergangenen vier Jahren die Reichweiten ihrer arabischsprachigen sowie der russischen und ukrainischen Angebote erheblich steigern konnte (Drucksache 19/373, S. ix).

– Subsahara-Afrika

Der Deutsche Bundestag möchte mit einer kohärenten Afrika-Strategie die Zusammenarbeit mit Afrika auf allen Ebenen ausbauen. Der Deutschen Welle kommt hier die Aufgabe zu, medial in Regionen hineinzuwirken, die von Umweltzerstörung und Klimawandel, Armut, von zerstörten lokalen Wirtschaftsstrukturen, Landraub, religiöser Diskriminierung, Migration und Terror betroffen sind.

Im September 2017 hat die Deutsche Welle mit dem französischen Auslandssender France Medias Monde (FMM) eine stärkere Kooperation vereinbart. Unter anderem wird gemeinsam mit der italienischen Nachrichtenagentur ANSA die Online-Plattform „InfoMigrants“ fortgeführt, die sich an Menschen richtet, die aus ihrer Heimat fliehen und nach Europa kommen wollen. Gerade angesichts des Brexits begrüßt der Deutsche Bundestag eine vertiefte Zusammenarbeit des deutschen mit dem französischen Auslandsrundfunk, um bei möglichst effizienter Ausnutzung der vorhandenen Mittel europäische Sichtweisen in der Welt zu vermitteln.

Ein hervorragendes Kooperationsprojekt zur Stärkung des Qualitätsjournalismus in Schlüsselregionen ist der Multimediale Fremdsprachendienst, den die Deutsche Welle zusammen mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) realisiert. Dafür stellen die Projektpartner internationalen Multiplikatoren und Medien derzeit in den Sprachen Deutsch, Englisch, Spanisch und Arabisch kostenfreie Medienberichte und tagesaktuelle Nachrichten über wesentliche Ereignisse in Deutschland und internationale Themen zur Verfügung. Zahlreiche Redaktionen weltweit nutzen dieses Angebot und übernehmen die Inhalte in ihre Berichterstattung. Der Bundestag begrüßt diese Initiative und regt den weiteren Ausbau und nach Möglichkeit auch kurzfristigen Einsatz in weiteren Sprachformaten an.

In Bezug auf ihre Vertriebs- und Ausspielwege setzt die Deutsche Welle die richtigen Akzente. Die Konzentration auf soziale Medien und insbesondere mobile Nutzung ist folgerichtig, da hier die größten Potenziale schlummern. Laut Evaluationsbericht verzeichneten die digitalen Inhalte das stärkste Nutzungswachstum, wohingegen die Fernsehangebote die größte Nutzung in absoluten Zahlen aufweisen. Dass drei Viertel der Deutsche-Welle-Reichweite auf Vertriebspartnerschaften zurückgehen, zeigt abermals den Stellenwert von Kooperationen, sei es durch Ausstrahlung in den TV- und Radioprogrammen, sei es durch Verbreitung auf digitalen Plattformen der Vertriebspartner (Drucksache 19/373, S. vi-vii).

Die DW Akademie stärkt mit Projekten der Medienentwicklung unabhängige Medien, Journalisten und Mediennutzer in allen Teilen der Welt. Mehr als 100 Millionen Menschen profitieren bereits davon, Schülerinnen und Schüler genauso wie Bürgerjournalisten. Sie wandelte sich damit von einem „Trainingsinstitut für internationale Medienschaffende“ zu einem „Akteur der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit“ (Drucksache 19/373, S. x).

CDU, CSU und SPD haben im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode vereinbart: „Wir wollen die strategische Auslandskommunikation und insbesondere die Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle verstärken und auf die digitale Zukunft ausrichten, um ein realistisches Bild von Deutschland zu befördern. Dies ist auch notwendig, um im Wettbewerb der Narrative und Werte zu bestehen und in verschiedenen Regionen der Welt gegen hybride Informationsverfälschung vorgehen zu können. (...) Bei der Vermittlung von Meinungs- und Pressefreiheit ist die Deutsche Welle ein unverzichtbarer Akteur, den wir, wie in den letzten Jahren begonnen, finanziell deutlich weiter stärken wollen. Wir wollen das Budget der Deutschen Welle auf das vergleichbarer europäischer Auslandssender anheben. Wir begrüßen die eingeleiteten Kooperationen der Deutschen Welle mit den europäischen Rundfunkpartnern.“ Deutschland und die EU brauchen eine starke mediale Stimme, die Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte fördert und auch über Propaganda, Migration, Flucht und ihre Ursachen wie Armut, Zerstörung der Umwelt und der lokalen Wirtschaft wirksam aufklärt und informiert. Der ambitionierte Entwurf der Aufgabenplanung 2018 bis 2021 trägt diesem Anspruch Rechnung.

Auch wenn in der Aufgabenplanung in o. g. Weise Prioritäten zu definieren sind, setzt eine Zustimmung zu diesem Aufgabenkatalog eine deutliche Erhöhung der Finanzmittel voraus. Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag haben mit den im Koalitionsvertrag in Aussicht genommenen Haushaltssteigerungen bereits substanziell begonnen: Mit dem zweiten Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2018 erhöht sich der Bundeszuschuss gegenüber dem Haushaltsansatz 2017 um 27,9 Millionen Euro. Der Eckwertebeschluss zum Haushalt 2019 sieht nunmehr eine Gesamtförderung von 350 Millionen Euro allein aus dem BKM-Etat vor. Zusätzlich erhält die Deutsche Welle Projektmittel vor allem aus dem Auswärtigen Amt und Fördermittel für die DW Akademie aus dem BMZ.

Diese sehr erfreuliche Entwicklung der finanziellen Ausstattung der DW dokumentiert die Wertschätzung des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung für die Arbeit der Deutschen Welle sowie die Überzeugung, dass eine überzeugende, glaubwürdige und wahrnehmbare Auslandskommunikation im ureigensten Interesse unseres Landes liegt. Der Deutsche Bundestag ist sich mit allen betroffenen Akteuren bewusst, dass dieser richtige Weg in dieser Legislaturperiode weiter gegangen werden muss.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

1. die in der Drucksache 19/372 aufgeschlüsselte Schwerpunktsetzung der Deutschen Welle bei der Aufgabenplanung von 2018 bis 2021:
 - a) journalistische Angebote stärker fokussieren,
 - b) Umbau zum digitalen Medienunternehmen vollziehen,
 - c) Meinungsfreiheit und Demokratie durch journalistische Angebote und die Vermittlung von Medienkompetenz stärken;
2. die von der Deutschen Welle begonnenen Kooperationen mit den anderen westlichen Auslandssendern und deren weitere Vertiefung;
3. dass die Deutsche Welle auch immer wieder die Herausforderungen für Demokratie und Menschenrechte thematisiert, die durch Extremismus und Fremdenfeindlichkeit entstehen;
4. dass die Deutsche Welle ein wichtiger strategischer Partner der Auslandskommunikation ist und über die in Kooperation mit der Deutschen Welle geleistete Projekt- und Programmarbeit des Auswärtigen Amts auf aktuelle außenpolitische Herausforderungen reagiert werden kann;
5. dass die Deutsche Welle angesichts von weltweiten Krisen und Konflikten einen Schwerpunkt auf die Aufklärungsarbeit z. B. über Fluchtursachen und Konflikthintergründe legt;
6. dass der Sender der Deutschen Welle eine enge inhaltliche Verzahnung mit der DW Akademie herstellt;
7. dass sich die Deutsche Welle stärker zum Ziel gesetzt hat, das Angebot an digitalen Formaten gemäß des eigens gesetzten Postulats „digital and mobile first“ zu erweitern, um die jüngeren Zielgruppen weltweit zu bedienen, da jüngere Menschen vornehmlich digitale Formate (soziale Medien, Online-Plattformen) und Inhalte für ihre Informationsbeschaffung verwenden und bevorzugen. Dieses Ziel hängt ebenso untrennbar mit dem Schwerpunkt der Erhöhung der Reichweite zusammen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,

1. das Budget der Deutschen Welle anzuheben,
2. auch weiterhin die Voraussetzungen für den Umbau der Deutschen Welle zu einer crossmedialen Medienanstalt zu schaffen, die ihre Inhalte für unterschiedliche Medien aus einer Hand produziert,
3. gemeinsam mit der Leitung des Senders die Sicherheit insbesondere der im Auslandseinsatz befindlichen Mitarbeitenden bestmöglich zu gewährleisten,
4. sich dafür einzusetzen, dass das Amt des UN-Sonderbeauftragten zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten möglichst noch in dieser Wahlperiode eingesetzt wird.“

- b) Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksachen 19/373, 19/491 Nr. 1.17.

Berlin, den 27. Juni 2018

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde
Vorsitzende

Johannes Selle
Berichterstatter

Martin Rabanus
Berichterstatter

Martin Erwin Renner
Berichterstatter

Thomas Hacker
Berichterstatter

Doris Achelwilm
Berichterstatterin

Margit Stumpp
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Johannes Selle, Martin Rabanus, Martin Erwin Renner, Thomas Hacker, Doris Achelwilm und Margit Stumpp

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Die Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf **Drucksache 19/372** wurde gemäß § 80 Absatz 3 der Geschäftsordnung am 19. Januar 2018 (Drucksache 19/491 Nr. 1.16) zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss Digitale Agenda. Die Stellungnahme der Bundesregierung zur Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf **Drucksache 19/2698** wurde gemäß § 80 Absatz 3 der Geschäftsordnung am 15. Juni 2018 (Drucksache 19/2768 Nr. 1.5) ebenfalls an diese Ausschüsse überwiesen.

Zu Buchstabe b

Die Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf **Drucksache 19/373** wurde gemäß § 80 Absatz 3 der Geschäftsordnung am 19. Januar 2018 (Drucksache 19/491 Nr. 1.17) zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss Digitale Agenda.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Im Entwurf der Aufgabenplanung geht die Deutsche Welle zunächst auf die Rahmenbedingungen des deutschen Auslandsrundfunks ein. Sie skizziert die Wettbewerbssituation, in der sie agiert, und beschreibt Finanzausstattung, Auftrag, Zielgruppen sowie Angebote. Auch die Arbeit der DW Akademie wird dargestellt. Zurzeit bietet die Deutsche Welle den Angaben zufolge TV-, Radio- und digitale Inhalte in 30 Sprachen an, unter anderem betreibt sie vier lineare TV-Kanäle in Englisch, Deutsch, Arabisch und Spanisch. Die Deutsche Welle erklärt, die Herausforderungen für Demokratie und Pressefreiheit seien weltweit gewachsen, immer mehr Regierungen griffen auf undemokratische Mittel zurück, um die öffentliche Meinungsbildung zu beeinflussen. Die Deutsche Welle setze diesen Tendenzen Inhalte entgegen, die den Werten entsprächen, für die Deutschland steht: Freiheit, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit. Um ihre Reichweite in definierten Zielgruppen weiter zu steigern, setzt die Deutsche Welle nach eigenen Angaben auf ein geschärftes Profil. Sie berichte ausgewogen und glaubwürdig, bewiese sich als weltoffene Informationsanbieterin und fördere Foren für den sachlichen Austausch verschiedener Meinungen. Als nützlich habe sich die Regionalisierung der Angebote erwiesen, heißt es im Bericht. Medienmix und Distributionsstrategie seien ebenfalls der Zielgruppenorientierung geschuldet. Die digitalen Angebote der Deutschen Welle gewinnen nach dieser Darstellung massiv an Bedeutung, auch wenn heute noch die TV-Angebote die höchsten Nutzungsraten aufwiesen.

Die Deutsche Welle wird aus dem Bundeshaushalt finanziert. Im Entwurf der Aufgabenplanung bedauert die Deutsche Welle, dass die Jährlichkeit des Haushalts und nicht absehbare Sonderzuweisungen zu Planungsunsicherheit führten. Wettbewerber wie französische und britische Anbieter verfügten über deutlich mehr Ressourcen.

Die Bundesregierung erkennt in ihrer Stellungnahme zur Aufgabenplanung die Bedeutung der Deutschen Welle als Vermittlerin eines Deutschlandbilds im Ausland ausdrücklich an. Die Deutsche Welle stehe weltweit für objektive und qualitativ hochwertige Berichterstattung. Insbesondere in Krisenregionen und angesichts von Desinformation und Propaganda sei dies von Bedeutung. Die Bundesregierung bescheinigt der Deutschen Welle, in ihrer Aufgabenplanung die richtigen Ziele zu benennen und die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Dass die Deutsche Welle die inhaltliche Regionalisierung vorantreiben will, wird uneingeschränkt begrüßt. Gleichzeitig rät die

Bundesregierung, die Zielregionen nicht zu ambitioniert auszuweiten. Klarer herausarbeiten sollte die Deutsche Welle die Folgen eines Ausscheidens Großbritanniens aus der EU und eine engere Kooperation mit Frankreich. Im Weiteren erklärt die Bundesregierung, ihr sei wichtig, dass die Deutsche Welle Frauen stärker in den Zielgruppenfokus rückt. Eine ausführlichere Darstellung der geplanten Angebote für Frauen sei wünschenswert.

Zu Buchstabe b

In ihren Evaluationsbericht betont die Deutsche Welle, sie habe ihr Profil so geschärft, dass die angebotenen Inhalte attraktiver geworden seien. In der Konsequenz sei es ihr gelungen, die Zahl der wöchentlichen Nutzerkontakte auf 157 Millionen zu erhöhen, 85 Millionen davon nutzten das Medium Fernsehen, 36 Millionen das Radio und 36 Millionen digitale Angebote. Der Deutschen Welle hat dem Bericht zufolge ihre Glaubwürdigkeit bei Nutzerinnen und Nutzern weiter gesteigert. Im Jahr 2012 sei ermittelt worden, dass 89 Prozent der Befragten, die Informationen der Deutschen Welle für glaubwürdig hielten, in der jüngsten Befragung habe dieser Wert bei 96 Prozent gelegen. In Akzeptanzstudien sei immer wieder die Sachlichkeit der Deutschen Welle gelobt worden.

Die Deutsche Welle stellt in ihrem Evaluationsbericht ausführlich ihr Angebot dar und differenziert dabei nach Sprachen und Regionen. Sie beschreibt die Methoden der Evaluation und zieht aus der Wirkungsanalyse den Schluss, dass sie zu einem verbesserten Zugang zu unabhängiger Information in den Zielregionen verhilft. Sie trage zur Diskurs- und Demokratiefähigkeit bei und stärke die Zivilgesellschaften. Auch das gute Zusammenleben der Kulturen werde von ihr gefördert. Die Deutsche Welle stellt fest, die Wirkung medial vermittelter Kommunikation lasse sich zwar nicht kausal nachweisen, Akzeptanz-, Korrelations- und Langzeitstudien lieferten aber ausreichend Hinweise darauf, dass die von der Deutschen Welle angenommene Wirkungslogik der Realität der Mediennutzung und Medienwirkung entspricht.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** empfahl in seiner 2. Sitzung am 21. Februar 2018 Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf Drucksache 19/372. Zur zugehörigen Stellungnahme der Bundesregierung auf Drucksache 19/2698 empfahl der Ausschuss die Kenntnisnahme in seiner 14. Sitzung am 27. Juni 2018.

Der **Haushaltsausschuss** empfahl in seiner 14. Sitzung am 27. Juni 2018 Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf Drucksachen 19/372, 19/2698 und Annahme einer von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entschließung auf Ausschussdrucksache 19(22)17neu mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** empfahl in seiner 14. Sitzung am 27. Juni 2018 Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf Drucksachen 19/372, 19/2698.

Der **Ausschuss für Tourismus** empfahl in seiner 10. Sitzung am 27. Juni 2018 Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf Drucksachen 19/372, 19/2698 und Annahme einer von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entschließung auf Ausschussdrucksache 19(22)17neu mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Ausschussdrucksache 19(22)19 wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. auf Ausschussdrucksache 19(22)18 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** empfahl in seiner 14. Sitzung am 27. Juni 2018 Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf Drucksachen 19/372, 19/2698 und Annahme einer von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entschließung auf Ausschussdrucksache 19(22)17neu mit den Stimmen der

Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Ausschussdrucksache 19(22)19 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. auf Ausschussdrucksache 19(22)18 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** empfahl in seiner 2. Sitzung am 21. Februar 2018 Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf Drucksache 19/373.

Der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**, der **Ausschuss für Tourismus** und der **Ausschuss Digitale Agenda** empfahlen in ihren Sitzungen am 27. Juni 2018 Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf Drucksache 19/373.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Kultur und Medien befasste sich in seiner 3. Sitzung am 28. Februar 2018 und in seiner 10. Sitzung am 27. Juni 2018 auf der Basis der Unterrichtungen ausführlich mit der Ausrichtung und den Perspektiven der Deutschen Welle.

Im Ergebnis empfahl der **Ausschuss für Kultur und Medien** in seiner 10. Sitzung am 27. Juni 2018 zum Entwurf der Aufgabenplanung 2018 bis 2021 der Deutschen Welle auf Drucksachen 19/372, 19/2698 Kenntnisnahme und die Annahme einer von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entschließung auf Ausschussdrucksache 19(22)17neu mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zuvor hatte der Ausschuss einen Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Ausschussdrucksache 19(22)19 abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Einen Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. auf Ausschussdrucksache 19(22)18 lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Zum Evaluationsberichts 2017 der Deutschen Welle auf Drucksache 19/373 empfahl der Ausschuss Kenntnisnahme.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies auf die wachsende Bedeutung des Auslandsrundfunks angesichts vieler Konflikte in der Welt und von Regierungen, die zunehmend auf Propaganda setzten. Die Einschränkung der Pressefreiheit gehe einher mit der Verletzung von Menschenrechten. Demgegenüber würden verlässliche und glaubwürdige Medien gebraucht, um Werte zu vermitteln und Wege zu Gerechtigkeit und Ausgleich zu zeigen. Während Autokratien in einen gelenkten Auslandsrundfunk investierten, berichte die Deutsche Welle unabhängig und richte ihre Angebote auf Völkerverständigung und Frieden aus.

Der Evaluationsbericht von 2017 bestätige, dass die Investitionen in die Deutsche Welle sich auszahlten. Die Deutsche Welle erziele Wirkung und habe ihre Reichweite um über 50 Prozent steigern können. Die Deutsche Welle habe sich modernisiert und lasse sich auf die Digitalisierung ein, die Investitionen in Studios und Sendetechnik seien sinnvoll gewesen.

In dem von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entschließungsantrag (Ausschussdrucksache 19(22)17neu) würden durchaus auch Erwartungen an die DW formuliert. So sollte das Engagement der Deutschen Welle in Richtung Russland, Türkei und arabische Welt ausgebaut werden. Eine Verstärkung des Engagements in Subsahara-Afrika komme hinzu. Ganz besonders wichtig sei aus der Sicht der CDU/CSU-Fraktion die Zusammenarbeit mit anderen Sendern. Dabei müsse insbesondere in den ausgestrahlten Nachrichten deutlich werden,

dass die Partner in Europa ähnliche Prinzipien vertreten. Die Fraktion richte die Erwartung an die Deutsche Welle, dass sie sich noch stärker als bisher mit den europäischen Partnern vernetze.

Besonders schätze die CDU/CSU-Fraktion den multimedialen Fremdsprachendienst der Deutschen Welle. Die DW Akademie solle dabei helfen, die Medienausbildung im Ausland zu verstärken. Alle Überlegungen und Ziele seien im Entschließungsantrag niedergelegt.

Die **Fraktion der SPD** hob hervor, dass die Deutsche Welle eine wichtige Stimme Deutschlands in der Welt darstelle. Sie sei eine Stimme für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz und biete Fakten statt Fake News. Der Evaluationsbericht bestätige diese Charakteristik. Die Reichweite der Deutschen Welle habe ganz erheblich gesteigert werden können, die Deutsche Welle genieße eine außerordentlich hohe Glaubwürdigkeit bei ihren Nutzerinnen und Nutzern. Mit diesem Pfund lasse sich wuchern. In 30 Sprachen werde Information ungefiltert, fern jeder Ideologie und orientiert an den Lebenswirklichkeiten ausgestrahlt. Die Fraktion der SPD begrüße dies ausdrücklich.

Die Deutsche Welle schreibe in ihrem Entwurf zur Arbeitsplanung den Weg der letzten Jahre fort. Sowohl die Fraktion der SPD als auch die gesamte Koalition unterstützten sie dabei, dies werde im vorgelegten Entschließungsantrag deutlich. Mit der Deutschen Welle verfüge Deutschland über ein hervorragendes Medienhaus, das auf einem guten Weg sei, sich zu einem multimedialen und crossmedialen Haus weiter zu entwickeln, modern und global aufgestellt und auf Augenhöhe mit wichtigen anderen Auslandssendern. Um diese Entwicklung weiterhin zu fördern, müssten die notwendigen haushalterischen Voraussetzungen geschaffen werden. Dieses politische Ziel der Koalition komme im Entschließungsantrag zum Ausdruck.

Die Entschließungsanträge der Fraktion der FDP (Ausschussdrucksache 19(22)19) und der Fraktion DIE LINKE. (Ausschussdrucksache 19(22)18) seien in Teilen durchaus verwandt, setzten jedoch im Forderungsteil andere Akzente. Deshalb werde die SPD-Fraktion sie nicht unterstützen.

Die **Fraktion der AfD** führte aus, die Deutsche Welle richte sich nach eigener Darstellung explizit an nationale Meinungsmacher und Multiplikatoren. Es stelle sich jedoch die Frage, ob dies zur Außendarstellung des deutschen Wertefundaments notwendig sei. Ob nicht der eigentliche Grund für die definierte Zielgruppenorientierung darin zu suchen sei, dass die Deutsche Welle exponierte Beeinflusser ihrerseits beeinflussen wolle, sei zu fragen. Dann müsse jedoch gefragt werden, wer die Deutsche Welle zu einer solchen außenpolitischen Einflussnahme legitimiert. Womöglich gehöre es zum Selbstverständnis der Deutschen Welle, Instrument deutscher Außenpolitik zu sein. Sollte dies der Fall sein, mache die Deutsche Welle ohne Legitimation Politik und überdehne ihren Auftrag. Agiere die Deutsche Welle dagegen nicht aus eigenem Antrieb so, sondern in Absprache oder im Auftrag der Bundesregierung, dann stelle die Aussage, sie arbeite frei von staatlicher Einflussnahme, eine bewusste Irreführung dar. Immerhin erkläre sich dann, warum der klare Auftrag, die deutsche Sprache zu fördern, anderen Gesichtspunkten untergeordnet werde.

Die AfD-Fraktion vertrat die Auffassung, eine Spitzenposition im internationalen Medienwettbewerb zu erringen, gehöre nicht unbedingt zum gesetzlich vorgegebenen Auftrag der Deutschen Welle. Es gehöre auch nicht zu ihrem Auftrag, hoffnungsfrohe Migrationsgeschichten in alle Welt zu transportieren und damit eine Einladung zur Migration auszusprechen. Die Deutsche Welle überdehne damit bewusst ihren Auftrag. Als politisches Instrument der Bundesregierung im Sinne einer Agitprop-Funktion dürfe die Deutsche Welle aber nicht agieren, dies widerspreche dem Deutsche-Welle-Gesetz.

Die **Fraktion der FDP** unterstrich, sie betrachte die Deutsche Welle als Stimme der Freiheit, die die Werte des Grundgesetzes in die Welt hinaustrage: Menschenrechte, Pressefreiheit, Werte also, die für die FDP-Fraktion essentiell seien. Die Fraktion stehe inhaltlich dem Entwurf der Aufgabenplanung und dem Evaluationsbericht sehr nah. Sie wünsche sich eine Stärkung der Deutschen Welle gerade in Zeiten von Fake News und in Zeiten, in denen Staaten die demokratischen Grundlagen verließen, sie illiberale und gelenkte Demokratien als Modell für die Zukunft ausriefen. Es gelte, sich solchen Entwicklungen entgegenzustellen. Ein Mittelaufwuchs für die Deutsche Welle sei nötig, um den Auslandssender zu stärken.

Kritisch merkte die Fraktion der FDP an, dass die Fraktionen der CDU/CSU und SPD in ihrem Entschließungsantrag für den Aufbau eines türkischsprachigen Programms enge Absprachen mit der Bundesregierung wünschten. Dabei gebiete Staatsferne etwas anderes. Dass diese Fraktionen einen UN-Sonderbeauftragten zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten forderten, sei zwar in der Sache richtig, gehöre aber nicht in eine Entschließung zur Aufgabenplanung der Deutschen Welle. Dem Entschließungsantrag von den Fraktionen der CDU/CSU

und SPD könne man daher nicht zustimmen. Den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. könne die FDP-Fraktion auch nicht unterstützen, beispielsweise weil darin Quoten gefordert würden.

Der von der Fraktion der FDP auf Ausschussdrucksache 19(22)19 vorgelegte Entschließungsantrag hatte folgenden Wortlaut:

„I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Deutsche Welle ist als deutscher Auslandsrundfunksender Stimme der Freiheit und Wertevermittler in 30 Sprachen. Seit 65 Jahren trägt sie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Weltoffenheit und Toleranz in die Welt. Ihre Aufgabe ist es, Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat nach außen zu vermitteln, ein Forum zum Austausch der Kulturen und Völker zu bieten und die internationale Verständigung zu fördern. Die Deutsche Welle stärkt das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit und auf ungehinderten Zugang zu Informationen. Beide Aspekte sind in einer sich verändernden europäischen, aber auch internationalen Medienlandschaft, von unschätzbarem Wert.

Unabhängige Medienangebote sehen sich vermehrt politischem und wirtschaftlichem Druck ausgesetzt. Umso wichtiger ist es, einen Rundfunksender wie die Deutsche Welle zu haben, welcher kontinuierlich steigende Nutzerzahlen bei gleichzeitig steigender Glaubwürdigkeit vorweisen kann. Sowohl Deutschland als auch die Deutsche Welle müssen selbstbewusst, meinungsstark und wertevermittelnd auftreten. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund des Brexit und damit vor der unsicheren Zukunft des britischen Auslandsrundfunks BBC World. Wir dürfen jedoch kein Vakuum entstehen lassen, welches populistische und propagandistische Auslandsrundfunksender mit Desinformation zu füllen versuchen. Hier muss die Deutsche Welle Sprachrohr für deutsche und europäische Werte sein.

In einer globalisierten und digital vernetzten Welt kann die Deutsche Welle als Leuchtturm nur aufrechterhalten werden, wenn sie sich den Umständen und Nutzungsgewohnheiten einer konvergenten Medienwelt anpasst. Glaubwürdigkeit und Authentizität werden nicht nur über die Inhalte, sondern auch über die angebotenen Distributionskanäle erzeugt. Über ihre unterschiedlichen Übertragungswege erreicht die Deutsche Welle wöchentlich durchschnittlich 157 Millionen Menschen weltweit. Dies entspricht einer beachtlichen Steigerung von 60 Prozent gegenüber dem Jahr 2013.

Die vorgelegte Aufgabenplanung für den Zeitraum 2018 bis 2021 dokumentiert die Programmziele, Schwerpunktvorhaben und deren Gewichtung.

Klassische Medien verlieren für die Informationsbeschaffung in einigen Regionen an Bedeutung. Dies nicht nur in hoch entwickelten Staaten, sondern zeitnah auch in Schwellen- und Entwicklungsländern, insbesondere für die jüngere Zielgruppe. Umso wichtiger ist es, den digitalen Angeboten einen prioritären Stellenwert einzuräumen. Dies ist notwendig, um in einem dynamischen internationalen Medioumfeld erfolgreich bleiben zu können. Für die Deutsche Welle bedeutet dies die Weiterentwicklung der Organisationsstruktur sowie der technischen Infrastruktur.

In Anbetracht der diversifizierten und disruptierten Medienlandschaft verdient es Anerkennung, dass die Deutsche Welle trotz eines geringeren Budgets (rund 319 Mio. Euro) als der britische (523 Mio. Euro) oder französische Auslandsrundfunk (389 Mio. Euro) konstant eine Spitzenposition belegt. Um diese zu festigen, ist es notwendig, die Deutsche Welle für den Wettbewerb um die weltöffentliche Meinung zu wappnen. In Zeiten von geopolitischen Spannungen und Krisen, Konflikten und Kriegen, Extremismus und Terror, Flucht und Migration, Populismus und Nationalismus bedarf es einer gestärkten internationalen Stimme Deutschlands. Unter diesen Bedingungen ist es notwendig, die Deutsche Welle zu einer effektiven medialen Stimme auf dem Niveau der Wettbewerber weiter auszubauen.

Um dies zu erreichen ist es ebenso unerlässlich, auf eine vertrauensvolle Basis von Mitarbeitern aus 60 Nationen zu blicken. Deren regionale und sprachliche Expertise ist Basis der Deutschen Welle. Gleichzeitig müssen auch die journalistischen Standards - insbesondere im Rahmen einer trimedialen Arbeitsweise - gewahrt bleiben.

Bei aller Internationalität und Fokussierung auf Zielregionen darf nicht vergessen werden, dass die Förderung der deutschen Sprache zum fundamentalen gesetzlichen Auftrag gemäß § 4 Satz 3 Deutsche Welle Gesetz (DWG) zu der Deutschen Welle und zum kulturellen Selbstverständnis der Deutschen gehört. Um nicht nur europäische, sondern auch nationale Werte zu vermitteln, muss die Deutsche Welle weiterhin hinreichend Programmangebote

in deutscher Sprache unterbreiten. Die deutsche Sprache muss als ein prägendes Element der deutschen Identität und Kultur aufrechterhalten werden.

Die Deutsche Welle leistet in vielen Entwicklungsländern einen gewichtigen Beitrag zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit. Hierfür sind nicht nur die klassischen Programme der Deutschen Welle verantwortlich, sondern in besonderem Maße auch die DW Akademie. Diese fördert durch die Ausbildung von Journalisten und Kreativen vor und hinter der Kamera die Erfahrungen einer freien, wertorientierten und demokratischen Grundsätzen verpflichteten Berichterstattung. Mit der DW Akademie verfügt die Deutsche Welle international über ein Alleinstellungsmerkmal.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt:

- 1. die Konzentration der Deutschen Welle im vergangenen Aufgabenplanungszeitraum 2014 bis 2017 durch den Ausbau des englischsprachigen Angebots, die stärkere Regionalisierung der Angebote für Afrika und Asien und die Weiterentwicklung ihrer digitalen Angebote in allen Sprachen. Dies hat zu einer erheblichen Marktdurchdringung der Deutschen Welle geführt.*
- 2. die an Alltag und Lebenswirklichkeit der Zielgruppen ausgerichteten Angebote sowie insbesondere die erhöhte Reaktionsfähigkeit der Deutschen Welle und die zunehmende Möglichkeit der Präsentation von sogenannten Breaking-News.*
- 3. das Ergebnis der Evaluation der Jahre 2014 bis 2017, nach der 96 Prozent der befragten Nutzer die Deutsche Welle als vertrauenswürdig erachten.*
- 4. dass es der Deutschen Welle gelingt, Werte zu vermitteln, für die Deutschland in der Welt steht und dass es der Zielgruppe gelingt, sich auf der Basis verlässlicher Fakten und eines ungehinderten Austauschs eigene Überzeugungen zu bilden.*
- 5. die in der Aufgabenplanung dargelegten grundsätzlichen, strategischen und länderübergreifenden Ziele für den Zeitraum 2018 bis 2021 sowie die innerhalb dieses Zeitraums avisierte Reichweitensteigerung von 157 Millionen auf 210 Millionen wöchentlichen Nutzerkontakten.*
- 6. die von der Deutschen Welle zur Zielerreichung definierten Schwerpunkte bezüglich der stärkeren Fokussierung auf journalistische Angebote; der Transformation zu einem digitalen Medienunternehmen sowie der Stärkung der Meinungsfreiheit und Demokratie durch entsprechende journalistische Angebote sowie die Vermittlung von Medienkompetenz.*
- 7. die damit verbundenen Reichweitzuwächse von digitalen Angeboten um mehr als circa 60 Prozent gegenüber dem vorherigen Evaluationsbericht.*
- 8. den Beitrag der Deutschen Welle zu einer freien Meinungsbildung und Stärkung der Zivilgesellschaft durch Angebote, die dialogisch und interaktiv informieren und aufklären.*
- 9. die Digitalstrategie der Deutschen Welle, die den Nutzer mit seinen Bedürfnissen und Erwartungen in den Mittelpunkt stellt.*
- 10. die hierfür notwendige strukturelle Neuausrichtung und Weiterentwicklung der technischen Infrastruktur, um sich den Herausforderungen der konvergenten Medienwelt zu stellen, um auch in Zukunft Relevanz für die entsprechenden Zielgruppen vor Ort zu besitzen.*
- 11. die konzeptionelle Neuausrichtung der Programme, die dem veränderten Mediennutzungsverhalten Rechnung tragen, da gerade digitale Angebote in Sozialen Medien und auf Partnerplattformen Möglichkeiten für regionalisierte Hintergrundinformationen in verschiedenen Sprachen anbieten.*
- 12. die Weiterführung erfolgreicher Koproduktionen, wie zum Beispiel mit dem nigerianischen Partner Channels TV, um Synergien zu nutzen.*
- 13. den Zielgruppenfokus auf die Rechtsstellung der Frauen zu legen, um diesen ein Forum zum Austausch zu bieten und Probleme wie Geschlechtergerechtigkeit und Unterrepräsentanz von Frauen in Regionen zu tragen, wo Frauenrechte und Gleichberechtigung keine Selbstverständlichkeit sind.*
- 14. die Entwicklung weiterer Formate, wie der englischsprachige Blog Women talk online in Asien, um vor allem jungen, in sozialen Netzwerken besonders aktiven Frauen, ein Forum des Austausches zu bieten.*

15. *den im Jahr 2017 neu positionierten deutschen TV-Kanal mit seinem Fokus auf ein weit gefasstes Kulturangebot und ausreichenden Nachrichten, entsprechend der urbanen, kulturell interessierten Zielgruppe des deutschen DW-Angebotes.*
16. *die Zusammenarbeit mit Organisationen wie dem Goethe-Institut e.V. sowie anderen Mittlern.*
17. *die Fokussierung auf Multiplikatoren und Informationssuchende als Adressaten des Programmangebots.*
18. *den Aufbau eines digitalen Informationsangebotes einschließlich eines TV-Kanals in türkischer Sprache, um den politischen Entwicklungen in der Türkei sowie den daraus resultierenden Maßnahmen gegen freie Medien und kritische Berichterstattung nicht weiter Vorschub zu leisten und ein veritables paralleles Medienangebot zu etablieren.*
19. *das multimediale Informationsprogramm in den Herkunftsländern vieler Flüchtlinge zur Beschreibung von Fluchtursachen und Aufklärung von Fluchtrisiken in sechs Sprachen sowie die Kooperation mit France Médias Monde und der Nachrichtenagentur Agenzia Nazionale Stampa Associata in dem Projekt InfoMigrants.*
20. *die Positionierung der Deutschen Welle als Arbeitgebermarke, um qualifizierte und motivierte Mitarbeiter zu halten und zu gewinnen und die weitere Qualifizierung langjähriger Mitarbeiter.*
21. *das Ziel der Deutschen Welle und der DW Akademie, die Medienkompetenz und Medienentwicklung in den Zielregionen zu verbessern. So können zivilgesellschaftliche und demokratische Strukturen in politisch fragilen Regionen aufgebaut werden.*
22. *die Weiterführung der Kooperation mit den ARD-Landesrundfunkanstalten, dem ZDF und dem Deutschlandradio, um einen effizienten und ressourcenschonenden Mitteleinsatz zu gewährleisten.*

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. *den Etat der Deutschen Welle dauerhaft auf ein vergleichbares Niveau der beiden großen europäischen Auslandssender (France Médias Monde/TV5 Monde; BBC World) anzuheben.*
2. *die bedarfsgerechte Finanzierung der Deutschen Welle zu gewährleisten und dabei Folgendes zu berücksichtigen:*
 - a. *die finanzielle Ausstattung der Deutschen Welle ist so zu gestalten, dass reichweitenstarke Angebote gestärkt und vermehrte Produktionen in den Zielregionen ermöglicht werden können;*
 - b. *die Weiterentwicklung der Deutschen Welle zu einem komplett digital ausgerichteten Medienunternehmen ist zu vollziehen und es sind sukzessiv Mittel für technische Weiterentwicklungen und Infrastrukturen bereitzustellen, beispielsweise für den Ausbau der HD-Produktion sowie der digitalen Verwaltung und Cybersicherheit;*
 - c. *ein türkisches digitales Informationsangebot einschließlich eines TV-Kanals mit Kooperationspartnern, z.B. aus Großbritannien, Frankreich und den USA, ist zu etablieren;*
 - d. *der Desinformation in Russland ist durch einen Angebotsaufwuchs in russischer Sprache mittels eines ausgewogenen und an demokratischen Werten orientierten Qualitätsjournalismus entgegenzuwirken;*
 - e. *ein Innovationsmanagement ist sicherzustellen, damit die Deutsche Welle schnell und flexibel auf neue Entwicklungen reagieren kann (siehe DW Lab, in dem seit 2017 abteilungsübergreifende Zusammenarbeit bei der Entwicklung von digitalen journalistischen Innovationen forciert wird);*
 - f. *die Personalkostensteigerungen sind einzuplanen;*
 - g. *der Investitionsstau der letzten Jahre ist abzubauen.*
3. *in zukünftigen Aufgabenplanungen darauf zu achten, den Wert der Rechtsstaatlichkeit erkennbarer darzustellen.*
4. *die Deutsche Welle darin zu unterstützen, die jungen Zielgruppen in den urbanen Zentren Afrikas und Asiens stärker einzubinden und deren Lebenswirklichkeit noch besser widerzuspiegeln.*

5. *die Deutsche Welle darin zu stärken, weitere Effizienzsteigerungen durch die Digitalisierung von Arbeitsprozessen und zielgerichteten Kooperationen zu erreichen.*
6. *die Deutsche Welle in ihren Bemühungen durch entsprechende Know-how-Transfers darin zu unterstützen, die breite Zivilgesellschaft unabhängig von Zensur- und Blockademaßnahmen zu erreichen.*
7. *die vorangegangenen Maßnahmen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel in den beteiligten Einzelplänen zu planen und durchzuführen.“*

Die Fraktion **DIE LINKE**. konstatierte, der Erfolg der Deutschen Welle lasse sich beispielsweise an der erhöhten Reichweite ablesen, mit der die Vermittlung von universellen Werten wie Meinungs- und Pressefreiheit, Menschenrechten und demokratischen Grundprinzipien verbunden sei. Diese Vermittlung von Werten sei deutlich höher zu bewerten als die Fähigkeit der Deutschen Welle, als Breaking-News-Sender konkurrenzfähig zu sein. Die Deutsche Welle müsse sich immer zuerst auf die Inhalte konzentrieren. Die Fraktion beanstande daher auch, dass die Interessenpolitik Deutschlands im Angebot der Deutschen Welle eine zu große Rolle spiele.

Von zentraler Bedeutung sei für die Fraktion DIE LINKE. die Situation der Beschäftigten der Deutschen Welle, die bisher zu wenig beachtet würden. Deshalb müsse der angekündigte Mittelaufwuchs dafür genutzt werden, das Personal gut zu stellen. Auch die Personalvertretung müsse aufgewertet werden. Dieses Thema stehe daher im Mittelpunkt des von der Fraktion eingebrachten Entschließungsantrags. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssten stärker in den Umbauprozess zu einem digitalen Medienunternehmen einbezogen werden, eine Aufstockung der Planstellen sei unverzichtbar.

Darüber hinaus wünsche sich die Fraktion eine vielfältige personelle Besetzung des Rundfunkrats und eine paritätische Besetzung von Rundfunk- und Verwaltungsrat. Bisher sei die Diversität in den Gremien defizitär, hier gebe es Handlungsbedarf.

Der Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. auf Ausschussdrucksache 19(22)18 hatte folgenden Wortlaut:

„I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

*Die Deutsche Welle (DW) genießt international aufgrund ihres vielfältigen Programms und der Regionalität und Vielsprachigkeit ihres Angebots einen sehr guten Ruf. Wie auch der aktuell vorgelegte „Evaluationsbericht 2017“ zeigt, wird die Berichterstattung der DW als ausgewogen und in höchstem Maße glaubwürdig von den Nutzer*innen wahrgenommen. Laut Evaluationsbericht konnte die DW mit der Neugestaltung ihrer Angebote ihre Relevanz steigern und erreicht inzwischen 157 Millionen Nutzer*innen, womit sie bereits jetzt eine ihrerseits angestrebte Spitzenposition unter den Auslandssendern einnimmt.*

Als deutscher Auslandsrundfunksender hat die Deutsche Welle nach § 4 des Deutsche-Welle-Gesetzes (DWG) die Aufgabe, Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich zu machen. Die Angebote sollen differenzierten Sichtweisen zu wesentlichen Themen vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft sowohl in Europa wie in anderen Kontinenten ein Forum geben mit dem Ziel, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu fördern. Die Deutsche Welle legt dabei ein besonderes Augenmerk auf die deutsche Sprache (vgl. DWG).

Die Aufgabenplanung der Deutschen Welle für die Jahre 2018 bis 2021 hält an dem Ziel fest, eine Spitzenposition unter den Auslandssendern einnehmen zu wollen und dabei das englischsprachige Angebot als „Lingua franca“ zum journalistischen und international wettbewerbsfähigen „Flaggschiff“ in Form eines Nachrichten- und „breaking news“-Senders auszubauen.

Allerdings geht der Auftrag der DW weit über das Angebot eines Nachrichtensenders hinaus und ist sowohl der kulturellen Vielfalt als auch der Vermittlung von Meinungs- und Pressefreiheit, Menschenrechten und demokratischen Grundprinzipien verpflichtet.

Die DW nennt in ihrer aktuellen Aufgabenplanung drei Schwerpunkte: journalistische Angebote sollen stärker fokussiert werden, der Umbau zu einem digitalen Medienunternehmen soll umgesetzt und es sollen Meinungsfreiheit und Demokratie durch journalistische Angebote und die Vermittlung von Medienkompetenz gestärkt werden.

Gerade bei dem letztgenannten Punkt spielt die Deutsche Welle Akademie eine große Rolle und sollte dementsprechend gefördert werden. Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie die in der Aufgabenplanung formulierten Ziele und Schwerpunkte, gerade auch im Bereich der Innovationen, mit dem aktuellen Budget der DW umgesetzt werden können. Ein begrenztes Budget und der Umbau zum Digitalunternehmen dürfen zudem nicht zulasten des Personals gehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Gesetzentwurf zur Reform des Deutsche-Welle-Gesetzes vorzulegen, sodass

a) die Deutsche Welle für ihre Aufgabenerfüllung, insbesondere für den im § 4 DWG genannten Auftrag, angemessen finanziell und personell ausgestattet ist;

b) arbeitnehmerähnliche Mitarbeiter*innen und auf Produktionsdauer Beschäftigte als Beschäftigte im Sinne des § 90 Nr. 5 Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) gelten und dementsprechend § 90 Nr. 5 lit. b aus dem Gesetz gestrichen wird, damit diese Mitarbeiter*innen durch den Personalrat der DW mit vertreten werden können;

c) die personelle Besetzung des Rundfunkrates und des Verwaltungsrates der DW in § 31 und § 36 des DWG dem im Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 25. März 2014 (Az. 1 BvF 1/11 u.a.) thematisierten Gebot der Vielfaltssicherung entspricht. Die Besetzung der Gremien soll zudem paritätisch erfolgen, d. h. Vergabe der Plätze zu gleichen Teilen an Frauen und Männer.

2. eine Schwerpunktsetzung der Deutschen Welle zu begrüßen, die

a) der Breite des Auftrages der Deutschen Welle gerade im Hinblick auf kulturelle Vielfalt nachkommt;

b) auch zukünftig auf Sprachenvielfalt setzt;

c) den Umbau zu einem digitalen Medienunternehmen auch in der Organisations- und technischen Infrastruktur der DW, z.B. durch Regieautomation oder Smart Production, nicht zulasten des Personals vollzieht: Maßnahmen zur Weiterqualifizierung sollen allen Beschäftigten der DW, auch den arbeitnehmerähnlichen, zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen; die Mitarbeiter*innen und ihre Personalvertretung sollen in die Gestaltung der Umstrukturierungsmaßnahmen angemessen einbezogen werden;

d) langjährige arbeitnehmerähnliche Mitarbeiter*innen, gerade im nicht-programmgestaltenden Bereich, möglichst in Festanstellung überführt;

e) bei der Deutschen Welle in stärkerem Maße die Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Programmangebot und im Unternehmen umsetzt, ihre Angebote für Menschen mit Behinderungen barrierefrei zugänglich macht und zudem ihre digitalen Angebote von Anfang an barrierefrei gestaltet;

f) bei der Deutschen Welle zukünftig in ihrer Aufgabenplanung gerade Frauen als Zielgruppe integriert, um durch entsprechende Angebote über die nach wie vor sehr unterschiedlichen Rechte und Lebensbedingungen von Frauen weltweit zu informieren;

g) bei der Projektfinanzierung der Deutschen Welle Akademie zukünftig prüft, ob diese durch eine strukturelle Förderung ersetzt werden kann.

Begründung

Zu 1a) Um sicherzustellen, dass die Deutsche Welle ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen kann, muss die finanzielle Ausstattung des Senders angemessen sein. Der Etat der DW ist nach 1998 stark gesunken und erst ab 2016 wieder angehoben worden, so dass er sich aktuell mit 326 Millionen Euro (inklusive Sondermittel) auf dem Niveau von 1998 bewegt. Zudem sind zwischen 1998 und 2005 fast 1.000 Planstellen bei der DW abgebaut worden.

Zu 1b) Bei der Deutschen Welle arbeiten zurzeit ca. 1.600 arbeitnehmerähnliche Mitarbeiter*innen. Im Evaluationsbericht steht: „der Planstellenbestand sank zwischen 1994 und 2014 um 43 %, die freie Mitarbeit als Beschäftigungsform musste auch auf andere dringend erforderliche Funktionen ausgeweitet werden, auch auf nicht unmittelbar programmgestaltende. Dazu gehören bestimmte programmnahe Funktionen in Produktion, Vertrieb und Technik. Umgerechnet in Mitarbeiterkapazitäten entspricht das gesamte Beschäftigungsvolumen der freien Mitarbeiterschaft insgesamt rund 1.270 Vollzeitkräften“. All diese Mitarbeiter*innen können zurzeit nicht durch

den Personalrat vertreten werden. Um dies zu ermöglichen und die Beschäftigten den festangestellten Beschäftigten in ihren Rechten gleichzustellen, ist eine entsprechende Anpassung des DWG notwendig.

Zu 1c) Die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils von 2014 durch die Deutsche Welle steht noch aus. Aktuell sind von 17 Rundfunkratsmitgliedern nur fünf weiblich. Der Verwaltungsrat besteht aus sieben Mitgliedern, davon ist aktuell eines weiblich.

Zu 2a) Laut DWG ist der Auftrag der Deutschen Welle breit gefasst und geht über reine Informationsangebote oder einen Nachrichtensender in englischer Sprache deutlich hinaus.

Zu 2b) Die Sprachenvielfalt ist ein bedeutendes Charakteristikum der Deutschen Welle und trägt in hohem Maße zu ihrer großen Reichweite bzw. starken Nutzer*innen-Nachfrage bei. Die besondere Förderung der deutschen Sprache ist im DWG verankert.

Zu 2c) Der Umbau der Organisations- und technischen Infrastruktur hin zum Digitalen darf nicht zu einem Abbau von Personal führen. Gerade für die vielen nicht festangestellten Mitarbeiter*innen gibt es keine Regelungen zur berufsbegleitenden Fortbildung. Qualifizierte Fortbildung ist aber gerade in den sich ständig verändernden Bereichen Technik und Produktion unerlässlich.

Zu 2d) Der Evaluationsbericht 2017 stellt im Kapitel „Personelle Ressourcen“ den Planstellenmangel insbesondere im nicht-programmgestaltenden Bereich wie Produktion und Technik dar. Zur Aufrechterhaltung des Programms werden hier zunehmend arbeitnehmerähnliche Beschäftigte herangezogen, die oft bereits seit vielen Jahren an denselben Arbeitsplätzen weisungsgebunden arbeiten, wie ihre festangestellten Kolleg*innen. Um diese Mitarbeiter*innen fest anzustellen, ist eine Aufstockung der Planstellen notwendig.

Zu 2e) Um allen Menschen die Nutzung der Angebote zu ermöglichen, ist die barrierefreie Gestaltung der Angebote notwendig.

Zu 2f) Die rechtliche Situation von Frauen und ihre Lebensverhältnisse sind international nach wie vor sehr unterschiedlich. Gerade für Frauen in Ländern, in denen Frauen benachteiligt werden, sind unabhängige Informationen über Geschlechtergerechtigkeit wichtig.

Zu 2g) Die Deutsche Welle Akademie hat eine große Bedeutung in der Vermittlung von Medienkompetenz, für die Aus- und Fortbildung von Medienschaffenden weltweit und als Akteurin der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit. Bisher wird die Deutsche Welle Akademie ausschließlich durch Projektmittel in Höhe von ca. 20 Millionen Euro finanziert. Um überjährig planen zu können und ihren gewachsenen Aufgaben gerecht werden zu können, sowie um dem Personal langfristige gute Verträge anbieten zu können, braucht die Deutsche Welle Akademie Planungssicherheit in Form einer strukturellen bzw. institutionellen Förderung.“

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich der Auffassung an, die Deutsche Welle erfülle ihren gesetzlichen Auftrag. Qualitativ hochwertige Berichterstattung sei wichtig, ebenso wie die Stärkung der Medienkompetenzen. Deshalb sei die Ausbildung von Medienschaffenden in der DW Akademie von hoher Bedeutung.

In ihrem Entschließungsantrag fielen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD hinter die Stellungnahme der Bundesregierung zurück und würden ihrer parlamentarischen Kontrollfunktion nicht gerecht. Kritisch anzumerken sei zum Beispiel, dass die Deutsche Welle zunehmend auf lineares Radio verzichte. Das entspreche nicht den Bedürfnissen der Bevölkerungen in ländlichen Räumen in Afrika und Asien oder in arabischen Gebieten, wo linear übermittelte Radioprogramme oft den einzigen Zugang zu unabhängigen Informationen darstellten. Hinzu komme, dass diese Zugänge nicht wie via Internet ausgestrahlte Programme von restriktiv agierenden Staaten kontrollierbar seien.

Die Ausrichtung der Deutschen Welle auf urbane Eliten kritisierte die Fraktion als ebenso fragwürdig wie ihre Fokussierung auf Breaking-News-Fähigkeiten in Konkurrenz zu anderen. Damit würden in hohem Maß finanzielle Mittel gebunden, die an anderer Stelle fehlten. Sprachliche Vielfalt und die Förderung der deutschen Sprache seien wichtiger. Gemeinsamkeiten ließen sich – etwa in Bezug auf das Personal der Deutschen Welle – zum Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. ausmachen. Deshalb werde man diesem Antrag zustimmen.

Berlin, den 27. Juni 2018

Johannes Selle
Berichterstatter

Martin Rabanus
Berichterstatter

Martin Erwin Renner
Berichterstatter

Thomas Hacker
Berichterstatter

Doris Achelwilm
Berichterstatterin

Margit Stumpp
Berichterstatterin

